

Frauen und Mädchen auf der Flucht nach Europa schützen und integrieren – Vielfalt ist Zukunft

Weltweit sind so viele Menschen wie nie zuvor außerhalb ihres Herkunftslandes auf der Flucht vor Krieg, Bürgerkrieg, Verfolgung und unerträglichen Lebensbedingungen. Auf ihrer Flucht nach Europa sind allein in den letzten zwei Jahren mehr als 10.000 Menschen im Mittelmeer ertrunken. Die Verantwortung tragen Länder wie Jordanien, der Libanon, die Türkei und der Irak, die versuchen eine menschenwürdige Unterbringung und Versorgung zu gewährleisten

Geflüchteten Menschen Schutz und Zuflucht zu gewähren, ist Aufgabe für die gesamte Gesellschaft. Doch während sich unzählige Ehrenamtliche um die geflüchteten Menschen in den Aufnahmeländern kümmern, sehen wir mit großer Sorge, dass rechte und rechtspopulistische Parteien in Europa an Zulauf gewinnen und auch bei Wahlen Erfolge verzeichnen. Ihre Stimmungsmache macht Hass und Hetze zunehmend salonfähig.

Gemeinsam stehen wir für ein Europa, das bunt und vielfältig ist. In dem Menschenrechte nicht an Staatsangehörigkeiten gebunden sind. Und in dem Menschen nicht länger an unseren Grenzen sterben. Gemeinsam stehen wir für eine menschenwürdige und solidarische Flüchtlingspolitik und gegen Rechtsextremismus, Ausländerfeindlichkeit, Sexismus und Homophobie.

Frauen und Mädchen sind auf den unterschiedlichen Stationen ihrer Flucht besonders hohen Risiken und Gefahren ausgesetzt. Laut UN-Flüchtlingshochkommissariat (UNHCR) lag der Anteil der Frauen und Kinder unter den Neuankommenden im Januar 2016 bei 55 Prozent.

Frauen und Mädchen erleben häufig geschlechtsspezifische Gewalt auf ihrem Weg nach Europa, aber auch in Flüchtlingsunterkünften in den Aufnahmeländern. Viele von ihnen sind wegen sexueller Gewalt oder anderen Formen von Frauenrechtsverletzungen aus ihren Herkunftsländern geflohen.

Sozialdemokratische Flüchtlingspolitik muss die besondere Situation und die Bedürfnisse von geflüchteten, oft schwer traumatisierten Frauen und Mädchen besonders beachten.

Wir fordern:

- eine bessere Unterstützung der Nachbarländer Syriens, in denen mehrere Millionen Menschen Zuflucht gefunden haben; insbesondere muß das Welternährungsprogramm finanziell besser ausgestattet werden und Möglichkeiten für Schulunterricht für die Kinder geschaffen werden;
- eine solidarische, gesamteuropäische Flüchtlingspolitik mit einem verbindlichen und fairen Verteilungsmechanismus, bei dem alle Mitgliedstaaten sich entsprechend ihrer EinwohnerInnenzahl, ihrer Wirtschaftskraft und ggf. weiterer Kennzahlen beteiligen; bis die Verteilung erfolgt, müssen insbesondere Italien und Griechenland besser unterstützt werden; die bisher gefassten Beschlüsse zur Umverteilung eines Teils der geflüchteten Menschen müssen endlich umgesetzt und die versprochenen Mittel zur schnellen Unterstützung Griechenlands und Italiens freigegeben werden;
- ein umfassendes Programm zur Seenotrettung im Mittelmeer, die langfristige Bekämpfung von Fluchtursachen, zum Beispiel durch nachhaltige Entwicklungszusammenarbeit sowie Agrar-, und Handelspolitik, sowie die Schaffung sicherer Fluchtwege und mehr legaler Einwanderungsmöglichkeiten nach Europa;
- menschenwürdige Bedingungen bei der Aufnahme von Flüchtlingen in allen EU-Mitgliedstaaten, insbesondere eine geschlechtergerechte Unterbringung für allein reisende Frauen, eine familiengerechte Unterbringung insbesondere für Schwangere und Frauen mit

Kindern sowie spezielle Einrichtungen für traumatisierte weibliche Flüchtlinge und ihre Kinder;

- die Anerkennung geschlechtsspezifischer Asylgründe, wie zum Beispiel sexualisierte Gewalt, Zwangsheirat oder Genitalverstümmelung auch in der Praxis, unter anderem durch eine stärkere Sensibilisierung aller am Asylverfahren Beteiligten;
- eine geschlechtergerechte niedrigschwellige Beratung und Betreuung mit umfassenden Informationen über Unterstützungs- und Beratungsangebote auch im Bereich der sexuellen und reproduktiven Gesundheit und den damit verbundenen Rechten;
- Schutz vor und Hilfe bei Gewalt in den Aufnahmeländern, insbesondere durch Gewaltschutzkonzepte in den Unterkünften, insbesondere durch Zugang zum existierenden Hilfesystem wie Fachberatungsstellen, Gewaltschutzzentren und Frauenhäusern unabhängig vom Aufenthaltsstatus, sowie durch Sensibilisierungsmaßnahmen zum Thema geschlechtsspezifische Gewalt für PolizistInnen, Sicherheitsleute und MitarbeiterInnen von Einrichtungen;
- ein eigenständiges Aufenthaltsrecht für mit- oder nachgereiste Ehefrauen, etwa im Fall von häuslicher Gewalt;
- einen speziellen Fokus auf die Verhinderung und Bekämpfung von Menschenhandel, insbesondere den Handel mit Frauen und Kindern, bei sämtlichen sicherheitspolitischen Maßnahmen im Zusammenhang mit Personen auf der Flucht;
- eine ausreichende Gesundheitsversorgung, einschließlich der psychotherapeutischen Versorgung von Traumatisierten;
- einen besonderen Schutz für Schwangere oder für Frauen kurz nach einer Entbindung, insbesondere keine Abschiebungen, Zurückschiebungen und Umverteilungen;
- einen besonderen Schutz und besondere Beratungs- und Unterstützungsangebote für LSBTI-Personen
- frühzeitig Sprach- und Integrationskurse, bei denen auch die Gleichstellung von Frauen und Männern vermittelt und eine Teilnahme von geflüchteten Frauen durch die Sicherstellung von Kinderbetreuung gewährleistet wird, sowie eine qualifizierte Mitbehandlung des Themas „Gleichstellung“ unter Einbeziehung von Gender-ExpertInnen bei sämtlichen Integrationskursen;
- einen besseren Zugang zum Arbeitsmarkt und zu Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik für geflüchtete Frauen, auch durch eine schnellere Anerkennung von ausländischen Berufs- und Bildungsabschlüssen und Maßnahmen zum Erhalt, Ausbau bzw. Neuerwerb beruflicher Qualifikationen;
- eine verstärkte Förderung von existierenden Projekten und Programmen zur Unterstützung von Frauen mit Fluchthintergrund, insbesondere durch eine Aufstockung entsprechender frauenspezifischer Förderbudgets;
- ein Vorzug für Unterstützungsleistungen mit emanzipatorischem Zugang, die auf Selbstbestimmung und Selbstorganisation basieren und schlussendlich die Selbstständigkeit von Frauen mit Fluchthintergrund anvisieren, sowie von Projekten, die Verständnis und Toleranz in der Mehrheitsgesellschaft fördern;

- die sofortige Einbindung und Integration in die jeweilige altersgerechte Bildungseinrichtung.